

Januar 2012

Buchvorstellung für Dezember 2012/Januar 2013

Titel/Autor/Inhalt/Leseproben

Deutschland/ Bücher/ Sozialpolitik/Gerechtigkeit



Autor: Lutz Hausstein

Titel: Ein Plädoyer für Gerechtigkeit

Untertitel: Texte zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland 2008 - 2012

Erscheinungsjahr: 2013, 1. Auflage

Seitenzahl: 120

Agentur: Edition Bildstein

Verlag: BOD Norderstedt GmbH

ISBN: 978-3-8423-2878-5

Preis: 9,50 Euro

Ein Jahr nach dem Bucherfolg des Bundespräsidenten Joachim Gauck mit seiner Laudatio auf die westlichen Werte unter dem Titel „Freiheit“, erscheint in der Schriftenreihe Politik in der Edition Bildstein beim Verlag BOD Norderstedt Lutz Haussteins Plädoyer für Gerechtigkeit.

Haussteins Texte aus den Jahren 2008 bis 2012 skizzieren einen Abriß deutscher Sozialpolitik und -geschichte, dargestellt an konkreten politischen Zusammenhängen und verweisen in praxi Gauck's Freiheit zumindest auf die Plätze. Was steckt hinter den "westlichen Werten"? Welcher Mittel bedient sich der Staat, um seine Fassade im internationalen Gerangel um die vordersten Plätze der "Menschlichkeit" zu erhalten?

.../ weiter zu: "Der Autor"

DER AUTOR

Lutz Hausstein selbst erklärt dazu:

„Mir geht es nicht in erster Linie darum, eine Widerrede auf Joachim Gauck zu liefern, denn Freiheit ist in Deutschland gegenwärtig leider nicht mehr unbedingt eine Angelegenheit der Bürgerinnen und Bürger – ich bin lediglich der Auffassung, dass man die westlichen Werte, insbesondere die Freiheit, nur vom Standpunkt der in ihr enthaltenen Erfüllung, also Gerechtigkeit, ökonomische wie soziale aus betrachten kann. Auch ich habe als aktiver Teilnehmer der Montagsdemonstrationen im Jahre 1989 in Leipzig, sozusagen im Herzen der friedlichen Revolution an einen Wertewandel, und damit an den Einzug der westlichen Werte, geglaubt; doch wir sind eines Besseren belehrt worden. Freiheit ist eben kein selbstverständliches Gut und gerade in der Bundesrepublik Deutschland scheint es sich immer deutlicher abzuzeichnen, dass die soziale und kulturelle Freiheit ökonomisch strapaziert werden. Von Gauck's Standpunkt aus lässt sich gewiss leichter über Freiheit philosophieren, sofern man ökonomische Gerechtigkeit einfach ausblendet.“

Der Autor weiter:

„Aktuelle haushaltspolitische und sozialpolitische Ereignisse, wie zum Beispiel das härtere Durchgreifen der Jobcenter oder die ständig neu aufflammende Diskussion über angebliche Arbeitsverweigerung, fehlende Mindestlöhne und das Existenzminimum sind regelrechte Vorlagen für eine aufklärerische Stimmung im Lande. Denn wenn Politiker, wie der Bundespräsident es nicht verstehen, das Gesagte in die Tat umzusetzen und mit zuerst ökonomischer Gerechtigkeit die inzwischen umgedrehten Freiheitsbegriffe wieder herzustellen, dann muss über kurz oder lang in diese Angelegenheit wieder verfassungsrechtliche Klarheit hineinkommen.“



Der 44-jährige Wirtschaftswissenschaftler ist einer der Ko-Autoren des Buches „Wir sind empört“, das 2012 in Bremen herausgegeben wurde. Er publiziert regelmäßig zu sozialpolitischen und sozialwissenschaftlichen Themen.

Seine alljährliche Studie „Was der Mensch braucht“ aus dem Jahre 2011 – Zur Höhe der sozialen Mindestsicherung – wurde 2011 im *“Parallelbericht zum UN-Staaten-Bericht - Parallelbericht der Allianz für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Deutschland zum fünften Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)”* hervorgehoben.

Im Frühjahr 2013 tritt Hausstein eine dreimonatige Lesereise mit dem vorliegenden Titel an, um, wie er selbst sagt: *„die Menschen wieder darin zu bestärken, dass sie in diesem Land noch Rechte besitzen, die in den Parlamenten scheinbar immer mehr in Vergessenheit geraten.“*

Aus dem Inhalt:

Vorwort

In Gesetz gegossene Verfassungswidrigkeit

Verteilungsgerechtigkeit –
Fluch oder Segen?

Willkommen in der Wirklichkeit –
20 years after

Vorboten eines neuen Dreißigsten Januar

Wenn rauskommt, wie was reinkommt

Dr. Papier und Mr. Hyde

Westerwelles „Schweigende Mehrheiten“
und die Schweigespirale

Steuern runter! Steuern rauf!
Steuern irgendwas!

Bildungsferne Schichten in der Politik

EVS – Die falsche Berechnungsgrundlage

Das Wahrnehmungs-Paradoxon
der Wirtschaft

Orientalischer Basar der politischen Entscheidungen

Geliefert wie bestellt

Der Energiespar-Minister gibt bekannt

Bodo, der Baggerfahrer –
Verzweifelt gesucht

LESEPROBEN

Aus dem Vorwort (Dezember 2012):

“Allen seinen Texten voran stellt dieses Buch den wohl aktuellsten sozialpolitischen Zustand an erste Stelle, der gerade aufgrund umfassender Nachlässigkeiten und gezielter Beabsichtigungen durch eine graue Behörde zu geradezu unmenschlichen Grundforderungen führt. Die Sanktionen, ein Mittel zur flächendeckenden Disziplinierung mit einer fürchterlichen Abschreckungssymbolik, wie sie aus der mehrheits-induzierten Geschichte des Dritten Reiches bekannt ist, nämlich in diesem Bereich den Arbeitszwang zu niedrigen Löhnen. Dem gegenüber steht absurderweise der „Sündenbock“ der heutigen Gesellschaft – der Arbeitsverweigerer. Die aktuell an dieser Demarkationslinie verlaufenden öffentlichen Diskussionen gipfeln in einem zentralen Angriff auf das verfasste Solidarprinzip, wie sich im Dezember 2012 in der TV-Sendung Maischberger offen zeigte, als der Grundeinkommensexperte Ralph Boes für seine Aktion „Sanktionshungerstreik“ einem Disziplinierungstribunal ausgesetzt wurde, das ernsthaft von sich überzeugt war, die Interessen der Allgemeinheit (den Volkswillen) zu vertreten.

Doch was Arbeit ist, wie sie zustande kommt und nicht zuletzt, wem sie nützt, das ignorieren die Laudatoren des Agendaprozesses, der eben die Gerechtigkeit Deutschlands seit einem Jahrzehnt hinters Licht führt. Mit dem vorgezogenen Text aus 2012 „In Gesetz gegossene Verfassungswidrigkeit“ leitet Lutz Hausstein eine Reihe von Texten ein, die einen Blick hinter die Fassade und auf die Auswirkungen der Kulissenschieberei in der Sozialpolitik - und wenn man so will – auch in der Sozialpsychologie einer ganzen Bevölkerungsgruppe werfen.“

Auszug aus: Willkommen in der Wirklichkeit - 20 years after, Betrachtungen eines Teilnehmers der Leipziger Montagsdemonstrationen des Herbstes 1989 (April 2009)

“Doch dieser erste Rausch ist inzwischen vorüber. Viele von ihnen haben feststellen müssen, dass es hinter der glitzernden Fassade auch ein Gerüst gibt. Und dieses Gerüst hat marode Balken, welche langsam immer deutlicher zutage treten. Denn plötzlich hatten sie keine Arbeit mehr und wurden der Möglichkeit beraubt, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Spätestens seit der Einführung der Hartz-Gesetze wurden sie auch noch zusätzlich bestraft, indem zu diesem Identitätsverlust auch noch massive finanzielle Überlebensängste hinzukamen. Andere sind noch in Lohn und Brot. Doch für mehr als für selbiges reicht die schlechte Bezahlung nicht mehr aus. Die Erinnerungen an Gizeh sind schon lange verblasst, das Auto krankt an allen Ecken und Enden und gibt bald ganz seinen Geist auf. Die Schlaglöcher auf den Straßen erreichen inzwischen auch wieder langsam das rekordverdächtige DDR-Niveau. Konzerte kann man nur noch jenseits des Absperrzaunes erleben. Das Geld, welches man sich zu DDR-Zeiten zusammensparen konnte, weil es so wenig zu kaufen gab, ist schon lange aufgebraucht. Selbst mit der so vielbeschriebenen Meinungsfreiheit ist es nicht weit her. Der Umgang mit den Demonstranten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 und dem G-20-Gipfel 2008 zeigte sehr deutlich, wie man auch in dieser freiheitlich-demokratischen Grundordnung mit Andersdenkenden umgeht.“

Auszug aus: Vorboten eines neuen Dreißigsten Januar (Oktober 2009)

“In [...] einem Klima von einseitigen Behauptungen, öffentlich geschürten Vorurteilen und gezielten Diffamierungen, welche von scheinbar seriösen Studien flankiert werden, gedeiht selbstverständlich auch die Saat von Begriffen wie „Leistungsträger“ und „Leistungsgerechtigkeit“ auf das Prächtigeste. Den Gedanken und Interpretationen, welche damit in einigen Teilen der Bevölkerung geweckt werden, wird so eine Grundlage gegeben, auf die sich gegebenenfalls berufen wird. Der lautstarke Beifall, der Sarrazin, Merz, Müntefering oder anderen Protagonisten zu ihren Äußerungen durch Medien sowie den Kommentaren selbiger zuteil wird („Unbequem, aber wahr.“) ist hierfür beredter Ausdruck. Der Ausschluss einzelner Teile der Bevölkerung von einfachster gesellschaftlicher Teilhabe erfährt so seine vermeintliche Legitimität.

Der Verschiebung dieses gesamten Wertesystems wird durch die fortlaufend menschenverachtenden Äußerungen eines Thilo Sarrazin Vorschub geleistet, der, einem Bulldozer gleich, bestehende moralische Verankerungen vollständig planiert und den als zulässig erachteten Bereich auf bisher nicht „nutzbare“, weil inhumane, Denk- und Sprechweisen erweitert. In die dadurch frei-werdende Fläche werden anschließend die filigraneren Pflöcke eingeschlagen, welche umso wirkungsvoller ihren Dienst versehen. Dass hierbei (noch) keine Dimensionen nationalsozialistischer Rassenpolitik erreicht werden, dürfte zwar unbestritten sein. Ihre langfristigen Folgen, auch und besonders in der Bevölkerung, verfehlt diese Politik dennoch nicht. Immer unverhohlener werden menschenverachtende Äußerungen getätigt und anstatt dies mit einem allgemeinen, öffentlichen Sturm der Entrüstung zu beantworten und deren Protagonisten dauerhaft aus entscheidenden Positionen zu entfernen, steht ein Teil der Bevölkerung am Rand dieser Vorgänge und applaudiert.“

Auszug aus: In Gesetz gegossene Verfassungswidrigkeit (Dezember 2012)

“Ist es schon prinzipiell nicht nachvollziehbar, welche berufliche Qualifizierung ein Rauchentwöhnungskurs darstellen soll, geschweige denn welches Arbeitsangebot, so muss man sich die Frage gefallen lassen, ob ein solcher Eingriff in die persönliche Freiheit des Einzelnen, wieder mit dem Druckmittel „Sanktion“, mit dem Selbstbestimmungsrecht zu vereinbaren ist.

(...)

Insgesamt bleibt zu konstatieren, dass mittels beständig drohender Sanktionen Menschen zu konformen Verhaltensweisen gezwungen werden. Sie werden unter der Bedrohung der Zerstörung ihrer Existenzgrundlage in ein gewünschtes Verhaltenskorsett gepresst. Jedes im Amtsdeutsch euphemistisch genannte „Angebot“ wird somit, unabhängig von dessen Sinnhaftigkeit, Absurdität oder gar Kontraproduktivität, zum Zwang. Dadurch ist der Repressionscharakter des gesamten Hartz-IV-Systems hinreichend gekennzeichnet.

Sanktionen – ein never-lose-Instrument der Jobcenter

Die Sanktionierungspolitik ist so konstruiert, dass sie für die Jobcenter ein völlig gefahrloses Unterfangen darstellt. Selbst wenn ohne die geringsten sachlichen Gründe Sanktionen ausgesprochen werden, bestehen für die Behörde keinerlei Gefahren, sondern nur Chancen. Da eine nicht unerhebliche Anzahl der Betroffenen die immer undurchsichtiger werdende Rechtslage nicht ausreichend kennt und selbstverständlich auch die Jobcenter nicht an deren verbesserter Kenntnis interessiert sind, legen diese Personen auch kaum den möglichen Widerspruch ein. Ein weiterer Teil der Sanktionierten ist durch die permanente Repressionsdrohung so eingeschüchtert, dass er trotz Grundkenntnissen über seine Widerspruchsmöglichkeit darauf verzichtet.

Doch auch im Falle der informierten und ausreichend selbstbewussten Betroffenen, die daraufhin den üblichen prozessualen Vorgang von „Widerspruch - Ablehnung des Widerspruchs – Klage vor dem Sozialgericht“ in Angriff nehmen, entsteht den Jobcentern auch im Falle einer Niederlage vor Gericht kein Schaden. Das Maximum, welches sie „erleiden“ können, ist die Verpflichtung zur Sanktionsrücknahme und damit zur Zahlung. Ein Zustand, der ohne die Aussprache einer Sanktion ohnehin dem Ist-Zustand entsprechen würde. Dies bedeutet für den Fall, bei dem ohne eine berechtigte Grundlage eine Sanktion ausgesprochen wird: Die gesetzeskonforme Anwendung verpflichtet das Jobcenter zu einer sofortigen Zahlung des vollen Regelsatzbetrags – das Worst-Case-Szenario der gerichtlichen Niederlage zwingt das Jobcenter zur Zahlung des vollen Regelsatzbetrags nach Durchlaufen dieser Instanzen. Ein Risiko existiert für das Jobcenter nicht, es fallen weder Säumniszuschläge an noch „rollen Köpfe“.